



# Glocalist R E V I E W

**Ausgabe Nr. 91/2005**

Herausgegeben von:  
Christian Neugebauer  
Euro 3,- 14.11.2005  
www.glocalist-review.com  
office@glocalist-review.com  
ISSN 1729-6722

Digitale Wochenzeitschrift für NGO&NPO-Management, Politik, Ökonomie und Kultur | **Gegr. 2003**



## GRUNDEINKOMMEN II

*PS: Im Übrigen gehört die Spenden-  
absetzbarkeit eingeführt.*

# INHALT

## Schwerpunkt: Grundeinkommen II

<b>Editorial</b> .....	3
<b>NGO der Woche</b>	
Netzwerk Grundeinkommen (D) .....	4
<b>Kommentar</b>	
Vive la Chance! Christian Pott .....	7
<b>OENWE</b>	
CSR braucht Spielraum und Spielregeln.	
Anhaltspunkte für Orientierung im CSR-Dschungel.	
Leo Hauska .....	8
Die Vortagsreihe des OENWE 2005 WIEN/GRAZ .....	10
<b>Kommentar Wiener Wahlen</b>	
Regierungsprobe für die SPÖ, 15% - das war's aber auch, ökosoziale	
Geschichte und auch Grüne müssen sich erneuern	
Alexander Trinkl .....	11
<b>Ausstellung</b>	
geheimsache : leben .....	13
<b>ABO</b> .....	16
<b>Grundeinkommen</b>	
INTRO .....	17
Löst ein Grundeinkommen Verteilungsprobleme?	
Brigitte Kratzwald .....	17
Grundeinkommen und Geschlechterverhältnisse	
Mit Grundeinkommen die Welt verändern?	
Gisela Notz .....	18
Autoritäre Lohngesellschaft; Robert Ulmer .....	23

### Nächste Ausgabe

21. November 2005

#### Impressum

Glocalist Review : Digitale  
Wochenzeitschrift für  
NGO&NPO-Management,  
Politik, Ökonomie und Kultur;  
Gegr. 2003

Medieninhaber und Verleger:  
„arbeitsraum-philosophie“ agen-  
tur für analoge & digitale kom-  
munikationswirtschaft GmbH  
Herausgeber:

Dr. Christian Neugebauer  
Redaktion: A-1030 Wien,  
Barmherzigeng. 17/6/1;  
oder per Mail an  
redaktion@glocalist-review.com

**Design:** www.arbeitsraum.at

#### Anzeigenverwaltung:

0699/11 88 16 43  
anzeigenleitung@glocalist-  
review.com

#### Abo-Service:

office@glocalist-review.com  
[http://www.glocalist-  
review.com](http://www.glocalist-review.com) >> **Abonnement**  
Bezugsabmeldung nur zum Ende des  
vereinbarten Zeitraumes mit sechs-  
wöchiger Kündigungsfrist.

#### Internet:

www.glocalist-review.com

#### Mail:

office@glocalist-review.com  
Bankverbindung: BLZ 20111  
Kto: 2836 234 1100

Für unverlangt eingesandte  
Manuskripte und LeserInnen-  
briefe wird keine Haftung und  
Gewährleistung übernommen.  
Der Herausgeber und die  
Redaktion behalten sich even-  
tuelle Kürzungen vor. Nament-  
lich gekennzeichnete Beiträge  
drücken nicht unbedingt die  
Meinung des Herausgebers und  
der Redaktion aus und für diese  
Beiträge und ihren Wahrheits-  
gehalt haften ausschließlich die  
AutorInnen.

# Türen fallen zu

Von Christian Neugebauer.

In Europa fallen mehr und mehr die Türen gegenüber der Politik sowohl auf Parteebene als auch auf Regierungsebene zu. NGOs und die Zivilgesellschaft wollen nicht mehr: In Frankreich eruptiv, in Deutschland mit einem sich formierenden Protest gegen Sozialabbau und gegen die Große Koalition getragen von ATTAC Deutschland und in Österreich auf Netzwerkebene.

Man will mit den Parteien nicht mehr reden: Zu unglaublich, zu viele Versprechen, die nicht gehalten werden und die ewig gleichen Machtspielen und Ausreden.

Es brodelt und formiert sich vor dem Hintergrund grassierender Armut, Aussichtslosigkeit und bürokratisch-administrativen Stillstandes.

Die „Creme Brülée“, die in Frankreich serviert worden ist, ist Menetekel und Auftakt: Die Vorwarnung war da mit den Abstimmungen zur EU-Verfassung und der euro-

paweiten Erosion der sogenannten Volksparteien. Geschehen ist nichts bis wenig außer dass die politische und bürokratische Klasse noch rascher und nachhaltiger ihre Schäfflein in das Trockene zu bringen versucht.

Die Große Koalition in Deutschland zieht eben jetzt ihre Schotten hoch gegenüber der sozialen und ökologischen Bewegung und die SPÖ und die GRÜNEN in Österreich schicken sich gerade an, dies auch in Österreich zu tun. ÖVP und die Restregierungspartei haben dies schon vollzogen. Die Politik steuert einem neuen Höchstniveau des Autismus und Nicht-Reden-Wollens zu.

Allerorten sind Beispiele für diese Verhöhnung der Zivilgesellschaft und NGOs im Umlauf. Es wird vielleicht wirklich Zeit, die Gespräche mit der Politik einzufrieren und den inneren Dialog zu suchen, um neue Antworten auf die Politikverweigerung der Politik zu finden. ■



CHRISTIAN NEUGEBAUER,  
HERAUSGEBER



JETZT IST ES  
**DA**

SEIT 19.10.05  
im Zeitschriftenhandel

# Netzwerk Grundeinkommen (Deutschland)

Zeitgleich mit dem Inkrafttreten der deutschen Hartz IV-Gesetze im Juli 2005 gründeten in Berlin eine Handvoll Sozialwissenschaftler und Vertreter sozialer Initiativen das deutsche Netzwerk Grundeinkommen. Knapp ein Jahr nach der Gründung des Netzwerks hat die vor kurzem noch fast unbekannte Idee der Einführung eines Grundeinkommens Tritt gefasst und sie wird über die Netzwerke in Deutschland, Österreich und der Schweiz hinaus in den Medien und politischen Organisationen diskutiert. Erst vor kurzem hat hierzu in Wien unter dem Titel „In Freiheit tätig sein“ ein viel beachteter erster deutschsprachiger Kongress stattgefunden. Der GLOCALIST hat mit Günter Sölken (GS), einem der Sprecher des deutschen Netzwerks Grundeinkommen, ein Gespräch geführt.

**GLOCALIST:** Herr Sölken, wie erklären Sie den enormen Zulauf für die Idee der Einführung eines Grundeinkommens?

**G.S.:** Die Menschen spüren, dass wir, die Wirtschaft und die Gesellschaft, in einem gewaltigen Umbruch stecken. Der Indikator dafür ist die zunehmende und inzwischen alle Bevölkerungsschichten erfassende Massenarbeitslosigkeit. Und sie spüren, dass die Regierungen in Deutschland, in der EU und in den G8 eigentlich alle keine Richtung haben. Auch die meisten in den Parlamenten vertretenen Parteien verfolgen nur eine Politik des „Weiter so!“, garniert mit der Aufforderung, den Gürtel immer enger zu schnallen. Diese Politik hat keine „gute Botschaft“ für die Menschen und kann nicht glaubhaft vermitteln, die anstehenden Probleme auch nur im Ansatz zu lösen. Der aktuell international praktizierte und als Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verkaufte Sozialabbau hat nicht nur schlimme soziale und wirtschaftliche Auswirkungen. Er geht auch mit einer sichtbaren menschlichen Entmutigung,

einer schweren seelischen Depression einher, die nicht nur einzelne, sondern bereits die Gesellschaft erfasst hat. Keiner kann mehr sicher sein, morgen noch einen Job zu haben und damit ins soziale Abseits zu geraten und zum Almosenempfänger und Bittsteller zu werden. Kennzeichnend für die Gesamtsituation ist, dass an eine Besserung der Situation durch die Politik kaum noch jemand glaubt.

**GLOCALIST:** Die Idee des Grundeinkommens, so meinen Sie, hat dagegen eine solche „gute Botschaft“?

**G.S.:** Eindeutig ja! Die zunehmende Massenarbeitslosigkeit ist schließlich auf die atemberaubenden Produktionsfortschritte und eine damit einhergehende Verdrängung menschlicher Arbeitskraft zurückzuführen. Das heißt, wo wir uns früher placken mussten, arbeiten heute für uns Maschinenparks, die von wenigen entwickelt und von wenigen bedient werden. Das für sich allein ist bereits eine gute Botschaft: die bereits heute weitgehend mögliche Befreiung von der klassischen Erwerbsarbeit. Die fortschreitenden technologischen Fortschritte machen ein Maß an Freiheit möglich, von dem frühere Generationen nicht zu träumen gewagt hätten.

**GLOCALIST:** Sie gehen also davon aus, dass die Massenarbeitslosigkeit keine vorübergehende Erscheinung ist?

**G.S.:** Im Gegenteil. Aufgrund der Rationalisierungsdynamik wird sie uns, wenn wir uns nichts Neues einfallen lassen, auf Dauer begleiten. Es gibt ernst zunehmende Prognosen, dass die Weltwirtschaft bis zum Ende dieses Jahrhunderts nicht nur stetig leistungsfähiger wird, sondern auch mit einer Erwerbsbeschäftigtenquote von nur 20 Prozent auskommen wird. Das wäre die 80/20-Gesellschaft. Wir müssten uns dann



GÜNTER SÖLKEN

**Wir freuen uns, die erste NGO aus Deutschland als NGO der Woche zu präsentieren. Damit wollen wir künftig ebenso NGOs aus Deutschland, Österreich und der Schweiz präsentieren, was sowohl Ausdruck der europäischen Ausrichtung der GLOCALIST Medien als auch die europäische Vernetzung der NGOs und Zivilgesellschaft befördern soll.**

erstens fragen, was aus den 80 Prozent ohne Erwerbsarbeit wird und zweitens, wer auf diesem Markt dann noch als Käufer auftreten kann. Die 20 Prozent werden dazu nicht ausreichen, und den 80 Prozent wird dazu bei einer Fortsetzung der derzeitigen Politik das Geld fehlen. Von daher ist eine völliger Neuansatz notwendig. Nach unserer Auffassung, wird hier keine noch so radikale Arbeitszeitverkürzung alleine helfen, sondern nur ein Bündel von Maßnahmen, in deren Mittelpunkt die Einführung eines existenz- und teilhabesichernden Grundeinkommens stehen muss.

**GLOCALIST:** *Was hat man genau unter einem bedingungslosen Grundeinkommen zu verstehen?*

**G.S.:** Ein steuerfinanziertes monatliches Einkommen, das jedem zusteht, Frauen wie Männern, Kindern und Alten, Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen, sogar Millionären – individuell, existenzsichernd, ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Arbeitszwang. Es ist die Forderung nach einer rechtlich verbrieften Sozialdividende für alle, die sich in einer Wirtschaft, die gemessen an den Bruttosozialprodukten immer reicher wird, nachhaltig aufdrängt. Wir wollen erreichen, dass sich die Schere zwischen reich und arm nicht noch weiter öffnet. Wie an der derzeitigen Almosenpolitik gegenüber denen, die aus dem Erwerbsarbeitsprozess herausgefallen sind, zu beobachten ist, geht die derzeitige Entwicklung zu Lasten der Menschenwürde und sie führt zu einem schrittweisen Verlust individueller Freiräume und Freiheiten. Ein individuelles und bedingungsloses Grundeinkommen würde Not beseitigen und darüber hinaus ganz neue Freiheiten eröffnen. Zum Beispiel die Freiheit einer selbstbestimmten Entscheidung über die Gestaltung des eigenen Lebens! Wir können dann selbst bestimmen, ob wir einer gut bezahlten Erwerbsarbeit nachgehen oder uns mit weniger, also dem Grundeinkommen, bescheiden. Z.B. um anderen Tätigkeiten in gesellschaftlichen, kulturellen oder politischen Bereichen nachzugehen. Vielleicht sogar dazu, ein eigenes Unternehmen zu gründen mit Produkten und Dienstleistungen, die wirklich gebraucht werden.

**GLOCALIST:** *Viele werden sagen, dass dies stark nach Sozialismus bzw. gar Kommunismus klingt.*

**G.S.:** Ich räume gerne ein, dass es sich um die vielleicht radikalste Idee der letzten 150 Jahre handelt. Im Unterschied zum Kommunistischen Manifest rüttelt sie nicht an den Eigentumsverhältnissen, aber sie greift massiv in die bestehenden Verhältnisse ein. Ich kann nur jeden einladen, die eigene Fantasie spielen zu lassen und sich selbst eine Vorstellung davon zu machen, wie ein Grundeinkommen von – sagen wir: 1.000 € monatlich – das eigene

Leben und die Möglichkeiten in diesem Leben verändern würde. Der nächste Schritt wäre, sich eine ganze Gesellschaft mit Grundeinkommen vorzustellen.

**GLOCALIST:** *Fantasie klingt aber wiederum nach Traum, bestenfalls nach Visionen.*

**G.S.:** Die beide häufig am Anfang entscheidender positiver Veränderungen gestanden haben, wäre zu ergänzen. Die Umsetzung wird uns keiner schenken. Wenn wir es nicht schaffen würden, die vorhandenen Bedenken ausräumen und Gegner zu überzeugen, würde die Vision ein Traum bleiben. Was ich aber nicht erwarte. Zunächst haben wir den Plan, die Gesellschaft mit dieser Idee zu infizieren. Die Inkubationszeit ist verdammt lang und die Abwehrkräfte gegen neue Ideen sind ziemlich stark. Schließlich sind tief verwurzelte gesellschaftliche Normen zu überwinden. Denken Sie nur an den seit biblischen Zeiten geltenden Spruch „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“.

**GLOCALIST:** *Und was setzen Sie diesem Satz entgegen?*

**G.S.:** Dass er in einer Weltwirtschaft, die fast mehr auf Maschinen als auf Menschen setzt, keine Berechtigung hat. Maschinen können nicht essen. Leider beobachten wir aber, dass die Bereitschaft in Maschinen zu investieren groß ist und weiter zunimmt, die Investitionen in das sogenannte Humankapital – angefangen von den Bildungsausgaben – dagegen immer weiter zurück gehen. Diesen Masochismus können wir uns nicht mehr leisten. Die Einführung eines Grundeinkommens würde eine teilweise Rück-Umleitung von Investitionen in die Bereiche Bildung, Familienförderung, Integration, gesellschaftliches Engagement und Kultur bedeuten. Dieser Kurswechsel ist aus Gründen politischer wie wirtschaftlicher Vernunft dringend erforderlich. Und wir sind ihn den späteren Generationen schuldig.

**GLOCALIST:** *Wie kommen Sie mit der Überzeugungsarbeit voran?*

**G.S.:** Innerhalb eines knappen Jahres haben wir es geschafft, die bis dahin fast unbekanntes Forderung zum Thema zu machen: bei Einzelnen, in den Familien, in den Initiativen, den Medien und schließlich auch bereits vereinzelt in Parteien. Dabei gibt es viel Zustimmung und etliche „Ja, aber.“-Meinungen, die vor allem Bedenken bezüglich der Durchsetzbarkeit und Finanzierbarkeit haben. Ich denke, wir haben den Rang einer ernstzunehmende Alternative zum Mainstream erlangt. Es gibt Gegenstimmen aus der Politik, den Gewerkschaften und der Unternehmerschaft. Aber das ist uns wesentlich lieber, als wenn die Idee einfach ignoriert würde. Im übrigen haben erhalten wir

sowohl bei den Parteien, den Gewerkschaften und aus den Unternehmen auch Zustimmung und gute Anregungen. Die Diskussion ist in Gang gekommen und Gegenstimmen und Bedenken gehören zum demokratischen Dialog. Sie sind auf dem Weg zur Realisierung der Prüfstein jeder Idee.

**GLOCALIST:** *Wenn Sie „wir“ sagen, wer ist das? Wer oder Was ist das Netzwerk Grundeinkommen?*

**G.S.:** Bei der Gründung am 9. Juli 2004 bestand das Netzwerk aus nur einer Handvoll Wissenschaftlern und Vertreter sozialer und politischer Initiativen. Heute sind wir rund 200 Einzelmitglieder und sieben Organisationen, die zusammen ein breites gesellschaftliches Spektrum von Sozialhilfeinitiativen bis zur Katholischen Arbeiterbewegung widerspiegeln. Bisher vollzieht sich die Arbeit vor allem im Netz. Auf der Homepage unterhalten wir ein Archiv, in dem nahezu sämtliche wissenschaftlichen Beiträge und Presseberichte zum Grundeinkommen zum download bereit stehen. Wir unterhalten einen Debattenverteiler, über den eine sehr rege Diskussion untereinander geführt wird, und geben einen etwa alle zwei Monate erscheinenden Newsletter heraus. Wir beteiligen uns mit einem Referentenpool an Diskussionsveranstaltungen verschiedener Organisationen, Initiativen und Parteien. Zusammen mit dem Österreichischen Netzwerk und Attac-Österreich und Deutschland haben wir unlängst den ersten deutschsprachigen Kongress zum bedingungslosen Grundeinkommen durchgeführt, der sehr erfolgreich war und auch in den Medien Niederschlag gefunden hat. Alle Mitglieder, auch der sechsköpfige, paritätisch aus Frauen und Männern besetzte SprecherInnenkreis, arbeiten ehrenamtlich.



**GLOCALIST:** *Wer und wie kann man im Netzwerk mitarbeiten?*

**G.S.:** Am besten durch die Mitgliedschaft. Einzige Zugangsvoraussetzung ist die Zustimmung zu den vier Kriterien für ein Grundeinkommen: es soll in mindestens existenzsichernder Höhe, individuell, ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Arbeitszwang gewährt werden. Mitglied können alle natürlichen Personen und gesellschaftliche Organisationen werden, jedoch keine Parteien. Ein Mitgliedsbeitrag wird nicht erhoben. Unsere Schwachstelle sind deshalb fehlende finanzielle Mittel, ohne die – trotz des ehrenamtlichen Engagements vieler Mitglieder – auch wir nicht ganz auskommen können. Zum Beispiel für die jetzt am 26. und 27. November stattfindende Mitgliederversammlung in Berlin. Ich nutze deshalb gern die Gelegenheit für einen Hinweis auf unser Spendenkonto, das auf unserer Website [www.grundeinkommen.de](http://www.grundeinkommen.de) zu finden ist. Das Netzwerk Grundeinkommen, aber natürlich nicht wir allein, eröffnen die Chance, an der Realisierung einer der spannendsten Ideen unserer Epoche mitzuarbeiten: der Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens. ■

# Vive la Chance!

Christian Pott (Creative Director und Citoyen)

Die Franzosen – egal, ob magrebinisches Einwandererkind oder Pariser Gourmetkoch – sind traditionell ein Streitbares Volk. Gerne nehmen sie als Nation kollektiv Reaktionen vorweg, die sich kurze Zeit später in ganz Europa ebenfalls äußern. Angefangen bei Asterix & Obelix über die französische Revolution, weiter zum „Nein“ zur EU-Verfassung hin zu den sozialen Unruhen, die derzeit das Land erschüttert. Also, liebe EU-Bürger und -Politiker: Machen wir uns bitte auch diesmal keine Illusionen, dies sei ein ureigenes französisches Produkt wie Bordeaux oder Baguette.

Denn auch wenn die Vorgehensweise des anfangs vom französischen Innenminister titulierten „Abschaums“ weder angemessen noch zielführend ist. Hier zündeln keine islamischen Terroristen oder Verbrecherbanden, sondern französische Bürger! Menschen also, die bereits in der 2. Generation in Frankreich leben, und die Sprache besser beherrschen als jeder Abgänger des Lycée Français hierzulande. Und ihre Motivation ist weder religiös noch Spaß orientiert: Hier brennen sich schlicht und ergreifend die unteren sozialen Schichten ihre Armut, Frustration und Perspektivlosigkeit von der Seele. Dass sich dieses Feuer weiter nach oben zu all jenen frisst, die ihre Jobs noch verlieren werden oder sich vom Staat im Stich gelassen fühlen, darf man als so sicher ansehen wie den Mistral im Süden jenes Landes. Da darf man froh sein, dass sich deutsche Rentner nachts ohnehin nicht mehr auf die Straße trauen. Und allein erziehende Mütter keine Zeit zum Basteln von Molotow-Cocktails haben. Deshalb muss es verwundern und nachdenklich stimmen, wenn Politiker aller Länder und Couleur die Vorgänge als Frankreich spezifisch und das Werk von dunkelhäutigen Randalierern abtun. Endlich aufzuwachen, die wahren Motivationen zu erkennen und die Alarmglocken zu läuten, wäre eine ange-

messenerer Reaktion. In ganz Europa stehen Pulverfässer, denen nur noch der Funke fehlt. Zum Beispiel 4,5 Mio. Arbeitslose in Deutschland. Gut 15% FPÖ-Wähler in Wien. Oder eben hoffnungslose Franzosen in den Pariser Vororten.

Ja doch, es ist auch ein Zuwander- und Integrationsproblem, wenn es nicht gelingt, Menschen die man einst gerufen hat, so zu integrieren das sie im Gastland eine Chance haben. Und ihnen abzuverlangen, dass sie sich trotz Ausgrenzung ordentlich zu benehmen haben, ist schon korrekt. Aber der Zug der gelungenen Integration ist von der Atlantikküste bis zum bayerischen Wald bereits vor längerer Zeit abgefahren. Er wird so schnell nicht zu stoppen sein. Schuld daran sind jedoch nicht die Einwanderer, sondern Politik und Gesellschaft.

Viel wichtiger aber ist: Die Ereignisse in Frankreich machen deutlich, welche Sprengkraft soziale Konflikte generell besitzen, und mit welcher Wucht sie scheinbar intakte Gesellschaften im wahrsten Sinne über Nacht treffen. Und wie leicht es ideologischen Rattenfängern dann fällt, sich Unzufriedenheit – sein sie nun berechtigt oder nicht – zu kanalisieren und nutzbar zu machen.

Die Lösung des Problems kann deshalb nicht Ausgangssperre und Tränengas heißen. Gefragt sind Konzepte die jedem Bürger ausreichende Chancen und Möglichkeiten bieten, sich als aktiven Teil der Gesellschaft zu begreifen. Davon allerdings sind angesichts stagnierender Arbeitsmärkte und kollabierender Sozial- und Bildungssysteme viele EU-Länder weit entfernt. Das sollten endlich all jene begreifen, die Profit und Macht über sozialen Frieden stellen. Denn was hat man von der neuen S-Klasse, wenn die eines Morgens verkohlt vor der Stacheldraht umsäumten Villa steht? ■



CHRISTIAN POTT

# CSR braucht Spielraum und Spielregeln.

## *Anhaltspunkte für Orientierung im CSR-Dschungel.*

Von Leo Hauska

Der Druck auf Unternehmen steigt. Ein Engagement in Sachen Corporate Social Responsibility ist für viele nur mehr eine Frage der Zeit – und der Sicherheit. Denn vielen Unternehmen fehlt noch die ausreichende Orientierung. Der wachsende Kosten- und Wettbewerbsdruck erlaubt keine Experimente. Auf wen aber kann man sich verlassen? Wer kann zuverlässig sagen, wie man am besten an das CSR-Management herangeht?

Weitgehend anerkannt ist, dass es bei CSR nicht um Beliebigkeit gehen kann. Natürlich sind Spielregeln erforderlich. Andernfalls wäre weder eine Ausweitung auf Zulieferbetriebe, noch eine Listung auf Indizes oder effektives Reporting möglich. Keinen Konsens gibt es jedoch darüber, was alles geregelt werden soll. Klar ist jedoch auch: CSR braucht Spielraum. Mit Vorschriften allein lassen sich CSR-Ziele nicht erreichen. Es muss die Möglichkeit der individuellen Gestaltung geben – auch um das Potenzial von Wettbewerbsvorteilen zu erhalten.

Für einen Ausweg aus dem Dilemma und Entscheidungshilfe bei der Entwicklung von CSR-Strategien gibt es vier Ansätze:

### 1. Einbeziehung der Stakeholder.

Diese, vorrangig von Arbeitnehmervertretungen und NGOs aufgestellte Forderung ist eigentlich im Interesse der Wirtschaft. Sie bietet Unternehmen wesentlich mehr Chancen als Risiken. Schließlich geht es darum, Instrumente des Customer Relationship Management (CRM) und der Human Relations bzw. des

Human Resource Managements (HR) auf andere Stakeholder zu übertragen und auszuweiten. Schlüsselfrage dabei ist die Verantwortung selbst. Was erwarten die Stakeholder vom Unternehmen, um es als verantwortlich einzustufen. Eine Orientierung an diesen Kriterien sollte den Unternehmen jedenfalls wichtiger sein als eine Ausrichtung an politischen Forderungen von Interessensvertretungen. Eine selbstständige und proaktive Einbeziehung der Stakeholder in CSR-Prozesse ist damit durchaus im Unternehmensinteresse. Mit dem Instrumentarium eines professionellen Stakeholder Relationship Managements sind Unternehmen darüber hinaus sehr gut aufgestellt, um aus diesen Interaktionen wertvollen Input für die eigene unternehmerische Tätigkeit zu generieren. Das war auch der Grund, warum im vergangenen Jahr innerhalb des Public Relations Verbandes Austria ein eigener Arbeitskreis für CSR gegründet wurde. Denn auf dem bestehenden Know-how von professionellen Public Relations lassen sich die erforderlichen zusätzlichen Kompetenzen am besten entwickeln.

### 2. Es geht um Integrität.

Das Entwickeln und Durchsetzen eigener Grundsätze ist zur wesentlichen Aufgabe von Unternehmen geworden. Werte sind über kulturelle Grenzen hinweg konsequent umzusetzen. Das ist mit Fragen der Interpretation, der lokalen Anpassung und der konsequenten Anwendung der Unternehmenskultur auf externe Beziehungen verbunden. Auch dafür gibt es einen Ausdruck: Integrity Management. Es geht um Wertemanagement und dessen



LEO HAUSKA

# PRVA

***Mit dem Beitrag von Leo Hauska, Sprecher der CSR-Expert Group im PRVA (Public Relations Verband Austria), wird nun die Serie CSR-Diskussion des PRVA resümierend abgeschlossen.***

Verknüpfung mit der unternehmerischen Tätigkeit. Die besondere Chance, die sich Unternehmen hier bietet, ist die Erweiterung von Wertschöpfungsketten zu Netzwerken. Einmal mehr geht es auch hier um das Einbeziehen von (neuen) Stakeholdern und das Erkennen der Möglichkeiten, die sich daraus ergeben.

### 3. Persönliche Entscheidungen.

Jede Entscheidung von Managern ist eingebunden in unternehmerische Prozesse und muss verantwortet werden – nicht nur vor dem Unternehmen als anonymen Organisation, sondern auch vor sich selbst. Ob CSR in einem Unternehmen professionell und auf hohem Niveau durchgeführt wird, liegt daher weniger an formalen Rahmenbedingungen als an den Menschen, die dort arbeiten und diese Bedingungen laufend reproduzieren. Der Umgang mit „ethischen Dilemmas“ ist daher sowohl auf individueller als auch auf betrieblicher Ebene zu managen.

### 4. Unterstützung durch Mentoring.

Für Unternehmen geht es um neue Dimensionen ihrer Innen- und Außenbeziehungen. Das lässt sich nicht outsour-

cen, sondern muss von den Unternehmen selbst gelebt werden. Externe Fachleute können aber wertvolle Unterstützung leisten. Sie haben den Überblick, wie CSR-Management in bestimmten Branchen in Österreich und international durchgeführt wird, welche Standards für spezifische Unternehmen in Frage kommen, welche bestehenden Modelle übernommen werden können und wo eigenständige Vorgangsweisen notwendig sind. Sie können bei Analysen zuarbeiten und Aufgaben der Qualitätssicherung übernehmen. Nicht zuletzt geben sie Hilfestellung beim Aufbau interner Strukturen, bei Schulung und Vorbereitung der Mitarbeiter auf individuelle Aufgaben im Rahmen des CSR-Managements. Das Angebot ist vorhanden. Es liegt an den Unternehmen, es in Anspruch zu nehmen. ■

# Vortragsreihe des OeNWE - Österreichisches Netzwerk Wirtschaftsethik

## Veranstaltungen 2005, WIEN

Ort: iv, 1031 Wien, Schwarzenbergplatz 4  
Zeit: 18.30 Uhr (**pünktlich**) bis ca. 20.30 Uhr  
Form: 20-minütiges Impulsreferat mit anschließender Diskussion  
Moderation & Konzeption: Dr. Eugen-Maria Schulak (Mitglied Ethik-Beirat des OeNWE)

---

6. Dezember      **Andreas Reinisch**  
***Reflexion über die Seele des Unternehmens  
(mit Videopräsentation)***

---

## Veranstaltungen 2005, GRAZ

Ort: Cafe Sacher, Herrengasse 6 in Graz  
Zeit: 19:00 Uhr (**pünktlich**) bis ca. 21:00 Uhr  
Form: 20-minütiges Impulsreferat mit anschließender Diskussion

---

17. November      **Univ.-Doz. Dr. Manfred Füllsack**  
***Leben ohne zu arbeiten?***

---

1. Dezember      **Dr. Eugen-Maria Schulak**  
***Ethik, Moral & Gesetz***

---

Die Teilnahme an den Veranstaltungen ist kostenlos. Um Anmeldung wird gebeten: [info@oenwe.com](mailto:info@oenwe.com)  
Österreichisches Netzwerk Wirtschaftsethik, Gentzgasse 121/2, A-1180 Wien, Österreich  
Tel: +43 (1) 479 978 4, Fax: +43 (1) 479 978 4

# Regierungsprobe für die SPÖ, 15% -

*das war's aber auch, ökosoziale Geschichte und auch Grüne müssen sich erneuern*

Von Alexander Trinkl (Obmann Verein Agenda X)

Nachdem die SPÖ auch aus der Wienwahl gestärkt hervorgegangen ist und in der Zwischenzeit zwei Landeshauptleute mehr stellt, hat sie ein Jahr auch exekutiv Zeit ihre Politik und eine Erneuerung aus der Opposition heraus zu beweisen. Eine auf Versprechungen basierende "Wir können es besser"-Ansprache alleine wird nicht ausreichend sein für die Bundeswahl, um Wählerstimmen zu gewinnen und eine neue Vertrauensbasis mit den BürgerInnen aufzubauen.

Gelegenheit dazu die SPÖ zu beobachten wird es geben. Nach wie vor wackelt beispielsweise die Entscheidung das Anti-Ökostromgesetz der Bundesregierung nicht mitzutragen und sich zu einer zukunftsfähigen Energiepolitik im Sinne einer österreichischen Anti-Atomhaltung, Klimaschutz und volkswirtschaftlicher Vernunft, durch einen weiteren Ausbau der Ökostromproduktion aus Wind, Sonne, Biomasse und Kleinwasserkraft durchzuringen.

Die Fortsetzung von Machtpolitik fern von der BürgerIn wird höchstens zu einem frustrierten Wahl- und Abwahl weiterer Regierungen führen, bis innovative Kräfte die politische Erstarrung überwinden. Ich würde mich nicht auf den frustrierten politischen Pendelschlag verlassen, den der kann auch irrational sein, denn die grössere Frustration kann mehr Hoffnung auf eine tatsächliche Überwindung dieser bedeuten, als die Kleinere.

Im Schatten einer machttechnokratischen Bundes-ÖVP ist jeder Versuch bürgerlichen Engagements bemerkenswert. Die ökosoziale Mission ist in der ÖVP vielleicht abgesehen von regionalen Ausnahmen bis auf

weiteres Geschichte, die hin und wieder zur PR aufgewärmt wird. Daran konnte auch die Wiener ÖVP bis dato nichts ändern.

Die 15% die Strache mit dem ausländerfeindlichen Wahlkampf einfahren konnte sind wenig beglückend. Dennoch die Zeiten in denen populistischen Kampagnen dieses Niveaus Politiker aller Coleurs vor sich hertreiben konnte sind vorbei. Dieser Eisblock der Gesellschaft besteht und alle sind gefordert die soziale Wärme und Führungsstärke aufzubringen, um ihn so weit als möglich zu schmelzen.

Die Grünen haben zwar einen Erfolg gelandet, jedoch Sie spüren selbst am besten, dass Sie unter grünem Potential liegen, auch wenn sie es noch nicht wissen. Mehr wäre möglich gewesen, aber dazu sind die Grünen schlicht zu schwach. Die Mainstream-Orientierung ist grundsätzlich richtig, aber Schönheit kommt noch immer von Innen und die schicke Fassade ersetzt keineswegs Persönlichkeiten. Sie müssen sich die einzige Gutmenschen-Kritik gefallen lassen, die ich teile, "Menschen, die gutes fordern, aber nichts gutes tun." Davon kann sich jeder überzeugen, der bei Grünen Buffets neben grünen Bio-Foldern vergeblich nach kontrolliert biologischer Nahrung und Fair Trade-Kaffee sucht, um nur die Spitze der mangelnden Grünen Authentizität und Bodenhaftung zu nennen. Gute und wichtige Themen abzudecken bedeutet nicht zwingend folgend, dass man gut und wichtig ist.

Das Wahlrecht ab 16 war die richtige Entscheidung. Davon habe ich mich unlängst bei einer profilierten politischen



ALEXANDER TRINKL

Diskussion mit dem 10-jährigen Sohn eines Freundes überzeugen können. ■



## Einladung an alle

Umwelt-, Entwicklungs-, Friedens-, Anti-Atom- und Nachhaltigkeits-Engagierten und Interessierten

# Kongress der Österreichischen Umwelt- und Nachhaltigkeitsbewegung

Strategien der BürgerInnen für einen Stopp der Atomstromimporte, Klimaschutz und Arbeitsplätze durch Energieeffizienzsteigerung und den Ausbau der Ökostromversorgung

Samstag, 3. Dezember 2005, Naturhistorisches Museum, 1010 Wien



# geheimsache:leben

## schwule und lesben im wien des 20. jahrhunderts

Mit 4.11. eröffnete die erste Ausstellung zum Thema der Lebenswelten von Lesben und Schwulen. Die Ausstellung bietet einen Rückblick in das 20. Jahrhundert. Auf 2000 Quadratmeter, in der neu adaptierten Neustiftthalle, leben Geschichten und Ereignisse lesbischen und schwulen Lebens auf, die lange versteckt waren hinter gesellschaftlichen Zwängen und Ausgrenzungen.

### Das Konzept

2005: ganz Österreich feiert. Ist aufgefordert zu gedenken. Die Politik ergeht sich in offiziellen Akten, einzelne ihrer Mitglieder gedenken der Täter/innen statt der Opfer. „Was ist ganz Österreich?“, fragen Menschen, deren Lebensweisen und Geschichte in der staatstragenden Version nicht vorkommen.

Erstmalig wird derzeit durch den Verein Ecce Homo eine Großausstellung zum Thema der Lebenswelten von Lesben und Schwulen im 20. Jahrhundert erarbeitet. Dieses Projekt wird vom Kulturamt der Stadt Wien, dem Wissenschaftszentrum Wien, der Wien Marketing GmbH sowie dem Nationalfonds der Republik Österreich unterstützt.

Ein lesbisches oder schwules Leben am Anfang des 20. Jahrhunderts in Österreich bedeutete lebenslanges Schweigen über die eigene Sexualität und in vielen Fällen auch über die Liebe. Staat und Gesellschaft zwangen Homosexuelle entweder ins soziale Abseits oder „into the closet“, in das Geheimhalten des eigenen Liebeslebens. Der Rechtsstaat verbrachte diese Menschen in den Kerker, die Psychiatrie und das Operationszimmer, der NS-Staat auch in die Lager und in den Tod. Die Gesellschaft trieb sie in die Isolation, die Verzweiflung und den Selbstmord. Bis heute glauben zahlreiche Lesben und

Schwule, ihre sexuelle Orientierung, ihre Lebenspartner/innen, ihre Freunde, geheim halten zu müssen. Die Ablehnung ihrer Existenz durch den Staat, also durch das Strafgesetz, die rechtliche Diskriminierung im Zivilgesetz sowie das nur halbherzige Eingestehen des staatlichen Fehlverhaltens durch den widersprüchlichen Opferstatus, prägt sie, aber auch die Ablehnung durch Teile der Gesellschaft, nach wie vor. Vor 100 Jahren wäre diese Ausstellung ebenso unvorstellbar gewesen wie noch in den 1970-er Jahren.

Die schwule/lesbische Geschichte als Gesamtheit ist in- und außerhalb der schwul/lesbischen Kultur ein weißer Fleck auf der historischen Landkarte der Bundeshauptstadt.

Und dennoch: Es gab Räume des Eigensinns, der offenen Sinnlichkeit und des ausgesprochenen Begehrens. Über und unter der sichtbaren Topografie der Stadt entstanden kulturelle und subkulturelle Zeugnisse von Lesben und Schwulen im Wien des 20. Jahrhunderts.

Durch spezifische Blickinszenierungen werden den BesucherInnen Lebens-, Konflikt- und Diskriminierungssituationen nachvollziehbar und spürbar gemacht. Lebensweisen und Lebenswege werden erfahrbar. Abstraktes wird konkret erlebbar.

### 4 Bereiche eröffnen unterschiedliche Perspektiven:

das labor  
die stadt  
der spiegel  
die leidenschaften



## DIE BEREICHE

### das labor

Politik, Justiz, Medizin, Religionen, Sozialwissenschaften brachten ebenso wie Kunst, Literatur und Medien ihre Ideen über den homosexuellen Menschen an die Öffentlichkeit: Sichtweisen, die je nach Standpunkt Sünde, Verbrechen, Krankheit oder Asozialität mit der Leibe zum eigenen Geschlecht verknüpften.

Der Nationalsozialismus radikalisierte diese Stereotype und behandelte Homosexualität „als Seuche am Volkskörper“. Erst in den letzten Jahrzehnten verbreiteten sich auch moderne Bilder von Lesben und Schwulen, die auch in hohem Maß von ihnen mitgeprägt wurden.

*„Gesetzbücher, besprochen von  
Leuten der Staats- wie Rechtsbibliothek,  
als schaffliche, anthropologische  
Wörter erschöpft, und in einem eigen-  
en müht Keramen, und das in vier  
Sexual: Homosexual, Hetero-  
sexuelle, der Wiener Diagnostiken  
und hier stärkste Praxis an  
en, der lebhaftes Interesse*

ERSTE NENNUNG DES WORTES "HOMOSEXUAL" (IN EINEM BRIEF DES ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN SCHRIFTSTELLERS/VON) KARL MARIA KERTBENY IM JAHR 1868

FOTO: UNGARISCHE NATIONALBIBLIOTHEK

Auf Grund der Abdrängung der Homosexuellen in das soziale Abseits hatten Lesben und Schwule nur wenige Möglichkeiten der Selbstdefinition. Konfrontiert mit den jeweiligen grassierenden Klischees über sich selbst sowie der alltäglichen Bilderflut der Heterosexualität entstanden Identitäten im Spannungsfeld von Fremd- und Selbstbestimmung.

### die stadt

Was war ein lesbisches oder schwules Ereignis in einer Großstadt des 20. Jahrhunderts? Wenn die umschwärmte

Marlene Dietrich in Wien gastierte oder wenn sich zwei im Schutz der Subkultur kennen und vielleicht lieben lernten? Oder wenn der erste tapfere schwule Mann eine Kleinanzeige aufgab, um eine Homosexuellen-Organisation zu gründen? Große und kleine Mosaiksteine der verschiedensten Lebenswelten treten zu Tage, Spuren des Ruhms und des Scheiterns, der Kultur und Subkultur. Ein Flanieren durch das Wien des 20. Jahrhundert und seine mehr oder weniger bekannten Schauplätze.

### der spiegel

Homosexualität war durch das ganze 20. Jahrhundert im österreichischen Recht diskriminiert. Bis 1971 brachte die Polizei Lesben und Schwule vor Gericht, von wo sie oft den Weg in den Kerker oder ins Gefängnis antreten mussten. In der NS-Zeit konnten Konzentrationslager, Kastration, medizinische Versuche, Folter und Ermordung die Folgen des Erwischt-Werdens sein. Bis heute hat die Zweite Republik nicht alle rechtlichen Diskriminierungen beseitigt.

Die meist lebenslange Geheimhaltung der eigenen Sexualität, des Liebens und des Lebens diente dem Schutz der bloßen Existenz und wurde dennoch für viele selbstverständlich. Die Homosexualität selbst schützte nicht davor, auf Seiten der TäterInnen zu stehen, doch sie verhalf unter Umständen schnell auf die Seite der Opfer. Die Ausstellung zeigt Dokumente aus dem Leben von Menschen, deren Innerstes nach außen gekehrt worden ist, in deren Betten und Nachtkästen gewühlt wurde und deren wohl intimstes Geheimnis – ihre von der Gesellschaft verachtete Liebe und Sexualität – öffentlich verhandelt wurde.

### die leidenschaften

Nur wenige österreichische KünstlerInnen machten ihr gleichgeschlechtliches Begehren zum Inhalt ihrer Kunst. Doch oft wurden Identität, Androgynität, Sexualität und Pornografie zum Zentrum der künstlerischen Auseinandersetzung, manchmal



MARLENE DIETRICH ALS „BLUE BOY“ KOSTÜM - FILMMUSEUM BERLIN



wurden Stil und Stilisierung Mittelpunkt der Kreativität.

Obsession, Fetisch oder Selbstdarstellung als Hoffnung und Verzweiflung der vermeintlich „Betroffenen“, als ihre Suche nach dem Glück, nach der Liebe und nach ihrer Identität.

Auch die Blicke der BetrachterInnen auf die Objekte der Begierde lösen Reflexionen aus.

Denn wenn ich dieses oder jenes begehre, was sagt das über mich?

Neben Werken namhafter KünstlerInnen wie Anton Kolig, schwuler Fotografen von Gloeden bis Antony Gayton, Malerinnen wie Helene von Taussig oder der Fotografin Krista Beinstein wird in diesem abschließenden Teil der Begriff von Leidenschaften sehr weit gefasst. So werden auch Privatsammlungen vorgestellt, in denen oft nicht der unmittelbare Wert des Objekts, sondern die Liebe zu diesem im Zentrum steht, seien es nun Messer oder Schuhe einer besonderen Machart. ■

Mehr dazu:

[www.geheimsache.at](http://www.geheimsache.at)



RUDOLF NUREJEW: TANZ ALS BESTIMMUNG  
KOSTÜM AUS „DON QUIXOTE“  
ÖSTERR. THEATERMUSEUM, WIEN



ROSA WINKEL: ABZEICHEN MIT HÄFTLINGS-  
NUMMER VON HEINZ HEGER AUS DEM KON-  
ZENTRATIONSLAGER FLOSSENBÜRG  
MIT ROSA WINKEL FOTO: THE UNITED STATES  
HOLOCAUST MEMORIAL MUSEUM

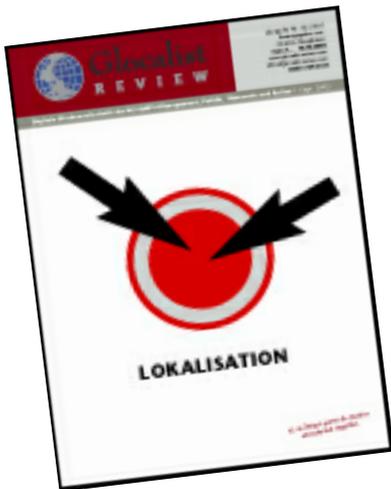


**Glocalist**  
M E D I E N

*Medien für Zivilgesellschaft und NGOs*



Jeden Monat in  
ihrer Post  
10 Ausgaben jährlich



Jeden Montag in  
ihrer Mailbox  
41 Ausgaben jährlich

# Tust du denken mutdulesen!

Jetzt zum  
Einführungspreis\*  
(statt 125,-) von

**80,- Euro**

für 41 Ausgaben GLOCALIST Review und 10 Ausgaben GLOCALIST Magazine inkl. Versand innerhalb Österreichs.

## Ich will lesen:

Vorname: .....

Nachname: .....

Firma/Organisation: .....

Straße: .....

PLZ/OrtL: .....

E-Mail: .....

**ABOBESTELLUNG** per **Mail** an  
[office@glocalist-review.com](mailto:office@glocalist-review.com) oder unter  
**Tel:** 01/597 2001 oder **Fax:** 01/597 6855

Achtung Kleingedrucktes: Das Glocalist Abo kann ich 6 Wochen vor Ablauf des Abonnements ohne Angabe von Gründen kündigen. Andernfalls verlängert es sich um ein weiteres Jahr. Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche ab Bestellung schriftlich widerrufen kann, unter [office@glocalist-review.com](mailto:office@glocalist-review.com) oder per Post an: „Glocalist Medien“ Barmherzigengasse 16/7/1, A-1030 Wien. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Header/Poststempels). \*Einführungspreis gültig bis 31.12.2005. Der Einführungspreis ist auf bestehende Abonnements nicht anrechenbar und gültig für ein Jahresabo.

Wie in der letzten Ausgabe dokumentiert folgen nun die noch ausstehenden Beiträge zur Konferenz Grundein-

kommen in Wien vom 7.-9.Oktober mit den Beiträgen von attac Österreich, Gisela Notz und Robert Ulmer.

# Löst ein Grundeinkommen Verteilungsprobleme?

Von Brigitte Kratzwald (Vorstandsmitglied Attac Österreich)

Zunehmende Arbeitslosigkeit und Prekarisierung des Arbeitsmarktes verstärken die Schwächen eines an Erwerbstätigkeit ausgerichteten sozialen Sicherungssystems. Die neoliberale Politik vergrößert die Gegensätze zwischen arm und reich. Während das Vermögen der ÖsterreicherInnen im Durchschnitt zunimmt, steigt gleichzeitig die Zahl der Armen und Armutsgefährdeten. Dass es hier zu einer Umverteilung kommen muss, die den Vermögenszuwachs gerecht verteilt, zu einer finanziellen Grundversicherung aller, in Österreich lebenden Personen, ist eine der Grundforderungen von Attac. Ob ein bedingungsloses Grundeinkommen diese Lösung sein kann, darüber gehen die Meinungen auseinander. Nicht nur innerhalb von Attac sondern auch auf den Podien und in den Arbeitsgruppen der Grundeinkommenskonferenz.

Seine BefürworterInnen meinen, dass ein Ende der Arbeitsgesellschaft absehbar ist. Es wird zwar immer genug Arbeit geben, aber ein guter Teil der Erwerbsarbeit verschwindet durch Rationalisierung und neue Technologien auf Dauer, und das ist durchaus positiv. Denn die Befreiung von monotonen und körperlich oder psychisch belastenden Tätigkeiten gäbe den Menschen die Möglichkeit, Tätigkeiten nachzugehen, die für sie befriedigender und sinnstiftender sind als Erwerbsarbeit. Zusätzlich bliebe auch mehr Zeit für gesellschaftlich nützliche Tätigkeiten und die Pflege sozialer Kontakte, die für eine solidarische Gesellschaft unerlässlich sind. Ökonomische Sicherheit würde den BürgerInnen zudem ermöglichen, neue Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und alternative Wirtschaftsformen auszuprobieren. Solche scheinen, angesichts der Zerstörung natürlicher Ressourcen durch eine zu zwanghaftem Wachstum verurteilte Wirtschaft und der ständig beklagten, jedoch systemimmanenten Entsolidarisierung in der Gesellschaft, dringend nötig.

Die SkeptikerInnen hingegen befürchten, dass ein Grundeinkommen für alle die Wirtschaft vollends von ihrer gesellschaftlichen Verantwortung befreien könnte. Es würde neoliberale Tendenzen unterstützen und die Herausbildung einer Zweiklassengesellschaft beschleunigen: jene, die

Arbeit und Einkommen haben, und andere die sich mit einem Grundeinkommen begnügen (müssen). Außerdem wird die Notwendigkeit der Arbeit als Mittel sozialer Integration und Teilhabe betont. Durch einen Ausbau des Sozialsystems und eine Verkürzung der Arbeitszeit könnten die Probleme auch gelöst werden. Diese Argumente sind nicht von der Hand zu weisen, wären aber durch die Gestaltung der Rahmenbedingungen eines Grundeinkommens in den Griff zu bekommen.

Schwerer wiegen die Bedenken, dass die Finanzierung eines Grundeinkommens ja den durch das kapitalistische System erwirtschafteten Reichtum benötigt, und daher erst recht jede Systemveränderung unmöglich macht. Erfreulicher Aspekt dieser Systemimmanenz wäre, dass es erstmals einen tatsächlichen Markt für Arbeitskräfte gäbe. Eine Existenzsicherung ohne Erwerbstätigkeit würde gerechte Rahmenbedingungen für einen Arbeitsmarkt schaffen. Nicht wie bisher könnte sich lediglich die Arbeitskraft-Nachfrage verknapfen, sondern auch das Angebot – und zwar in allen Bereichen.

Ein Grundeinkommen hätte auf jeden Fall nicht vorhersehbare Auswirkungen auf die Verteilung innerhalb der Gesellschaft und auf die Produktivität. Niemand weiß, wie sich die Freiheit, nicht mehr arbeiten zu müssen, wirklich auf das Verhalten der Menschen auswirken würde, wie sich das Konsumverhalten ändern würde, und wie die dadurch eingeleitete Transformation des Wirtschaftssystems ablaufen würde. Daher ist auch kaum vorauszusagen, ob ein bedingungsloses Grundeinkommen ein erster Schritt in Richtung Systemänderung sein kann oder eher das Gegenteil bewirkt.

Die Konzepte für ein Grundeinkommen sind sehr unterschiedlich, was die Höhe und die Finanzierung betrifft. Grundsätzlich muss aber, wenn genügend Geld für eine – am Arbeitsmarkt orientierte – Grundsicherung vorhanden ist, auch ein bedingungsloses Grundeinkommen finanzierbar sein. Richtig ist, dass die Auswirkungen einer Grundsicherung leichter abschätzbar sind.

In jedem Fall stellt ein bedingungsloses Grundeinkommen nur eine Vision dar, deren Umsetzung nur in kleinen Schritten, deren Auswirkungen jeweils überprüft werden müssen, erfolgen kann. Und da sind die BefürworterInnen und die GegnerInnen gar nicht mehr so weit voneinander

entfernt. So könnte etwa ein Modell zur bedarfsorientierten Grundsicherung unter entsprechenden Rahmenbedingungen durchaus einen ersten Schritt in Richtung eines bedingungslosen Grundeinkommens sein. ■

# Grundeinkommen und Geschlechterverhältnisse

## *Mit Grundeinkommen die Welt verändern?*

Von Gisela Notz (Forschungsabteilung Sozial- und Zeitgeschichte Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn)

Wir leben in einer Phase der Um- und Neugestaltung und des Abbaus von arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Strukturen und sozialen Sicherungssystemen. Das betrifft nicht nur Deutschland, sondern viele europäische Länder. Erwerbsarbeit führt für viele Menschen nicht mehr zur Einkommenssicherung und damit verbundenen sozialen Absicherung (working poor). Die Erwerbslosigkeit steigt ebenso wie die unbezahlte Arbeit und auf die Sozialversicherungen ist kein Verlass mehr, weil der Sozialstaat angeblich in die Krise geraten ist. Die sozialen Kürzungen treffen bei Frauen und Männern auf unterschiedliche Voraussetzungen und haben unterschiedliche Wirkungen. Frauen sind (oft) anders und härter betroffen, als Männer. Grundeinkommen – so die ProtagonistInnen des Konzepts – soll dazu beitragen, dass sich der Arbeitsmarkt entspannt, Menschen „Eigeninitiative“ entwickeln und die im Überfluss vorhandenen (jetzt) unbezahlt geleisteten Arbeiten endlich anerkannt und mit einer Absicherung versehen werden.

### Die Idee ist nicht neu

Die Forderung nach "Grundeinkommen" das unabhängig von der jeweils geleisteten Arbeit an alle Personen, die sich nicht aus eigener Arbeit oder Rente ernähren können – oder gar an alle Personen, unabhängig von der geleisteten Arbeit – gezahlt werden soll, ist die seit einiger Zeit populärste Antwort auf die nicht mehr ausreichend vorhandenen existenzsichernd bezahlten Erwerbsmöglichkeiten. Die Idee ist nicht neu, sie wird seit vielen Jahren breit diskutiert. Bereits auf dem ersten Bundeskongress der Erwerbslosen 1982 in Frankfurt/M. wurde die Forderung nach 1.500 DM Existenzgeld für alle zur Diskussion gestellt (Bundeskongress der Erwerbslosen 1983). Angesichts von Hartz I – IV scheinen immer mehr BundesbürgerInnen überzeugt davon zu sein: „Wir brauchen ein Grundeinkommen für alle Menschen“. Woraus speist sich das große Interesse an dem Thema?

In der Bundesrepublik Deutschland gerät das erwerbsabhängige soziale Sicherungssystem durch zunehmende Erwerbslosigkeit und Sozialabbau aus den Fugen. Immer mehr Menschen geraten in den Sog von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (früher Sozialhilfe) oder werden von Partnern und Bedarfsgemeinschaften abhängig. Immer mehr Menschen, auch solche die Erwerbsarbeit leisten, leben in Armut. Die ungleiche Verteilung der bezahlt und unbezahlt geleisteten Arbeiten und der ungleiche Einfluss auf die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen trägt zunehmend zur Spaltung in Arme und Reiche aber auch zur Spaltung zwischen den Geschlechtern bei.

### Wenn wir schon keine existenzsichernde Arbeit bekommen können ...

Bei den Vorstellungen zum Grundeinkommen geht es vor allem darum, die wachsenden Teile der Bevölkerung, die nicht oder zumindest über einen längeren Zeitraum nicht mit kontinuierlichen Möglichkeiten erwerbsabhängiger Existenzsicherung rechnen können, sozial abzusichern. Dahinter steht die berechtigte Befürchtung, dass in absehbarer Zeit existenzsichernde Arbeitsplätze weiter abgebaut werden und in noch größerem Ausmaß prekäre Arbeitsverhältnisse und Niedriglöhne zusätzlich subventioniert werden müssen. Die Forderung: „Wenn du mir schon keine Arbeit geben kannst, dann gib mir wenigstens Geld“ (Klein 2005: 17), erscheint daher verständlich. Sie wird zunehmend von Menschen, die aus der Erwerbsarbeit ausgegrenzt worden sind, gestellt. Eine wirkliche Utopie um „in Freiheit tätig sein“ zu können, ist sie nicht. Genauso wenig, wie ein bezahlter Arbeitsplatz per se ein existenzsicherndes Einkommen garantiert, garantiert ein Grundeinkommen per se eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen oder gar eine freie Wahl des Jobs.

Die Situation der immer zahlreicher werdenden armen und ausgegrenzten Menschen ließe sich ohne Zweifel verbessern, wenn sie anstelle des Arbeitslosengeldes (ALG) II, mit dessen Hilfe nicht erwerbstätige Erwerbsfähige in Arbeit gezwungen werden sollen oder des Sozialgeldes (früher Sozialhilfe) als Fürsorgeleistung für nicht Erwerbsfähige ein existenzsicherndes Grundeinkommen erhalten würden. Der Gang zur Arbeitsagentur, zum Sozialamt, die Bedürftigkeitsprüfungen, die Abhängigkeit vom Hauptnährer, von der „Bedarfsgemeinschaft“, vom Mini- und 1-€-job mit Arbeitszwang, um nur einige Schikanen zu nennen, sind in der Tat diskriminierend und menschenunwürdig. Hartz IV als so genannte „Grundsicherung für Arbeitslose“ erfüllt nicht die Bedingungen, die an eine menschenwürdige Bedarfssicherung zu knüpfen sind. Vorschläge für eine andere Ausgestaltung von ALG II im Blick auf ein Grundeinkommen bleiben daher hilflos (vgl. Mohr 2004), solange nicht die Ablehnung jeglichen Arbeitszwangs, demütigender Bedürftigkeitsprüfungen, menschenunwürdiger Arbeitsbedingungen, sinnloser Produkte und Dienstleistungen und die Abschaffung der Herrschaft von Menschen über Menschen auf die Agenda gesetzt werden. Im Blick auf Hartz IV, als Teil einer „Reformstrategie“ wird mit Recht immer wieder darauf verwiesen, dass Reformen ihren Namen verdienen müssen. Im Blick auf Grundeinkommensmodelle ist darauf zu verweisen, dass auch „Alternativen“ ihren Namen verdienen müssen. Widerstand gegen menschenunwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen und gegen Armut und Ausgrenzung werden auch dann notwendig sein, wenn – welche Art von Grundeinkommen auch immer - durchgesetzt ist.

### Das „Netzwerk Grundeinkommen“ für Deutschland

Das „Netzwerk Grundeinkommen für Deutschland“, das am 9. Juli 2004 – am Tage der Verabschiedung der „Hartz-IV“-Gesetze, die das Arbeitslosengeld II präsentieren - gegründet wurde, versucht sämtliche Initiativen und Einzelpersonen zu erfassen, die hinter der Losung „Grundeinkommen“ stehen; dazu gehören auch einige Arbeitslosenverbände. Durch die Fokussierung auf die eine Forderung wurde freilich auch der Widerstand gegen Hartz IV kanalisiert. Dass das Grundeinkommen nach dem Modell des „Netzwerk“ bedingungslos sein soll, existenzsichernd, auf einem individuellem Rechtsanspruch beruhen, also nicht abhängig von Ehe und Partnerschaft, Familie oder Bedarfsgemeinschaft sein soll, ohne Bedürftigkeitsnachweis und ohne diskriminierende Kontrollen an alle Kinder, Jugendliche und Erwachsene in gleicher Höhe gezahlt werden soll, entspricht dem Verständnis der Menschenwürde. Selbstverständlich ist das Formulieren solcher Vorstellungen nicht, denn auch einige Grundsicherungs- oder Grundeinkommensmodelle sehen Bedürftigkeitsprüfungen vor,

gehen von Familieneinkommen aus, enthalten Einschränkungen für Menschen, die aus anderen Ländern kommen und für Jugendliche und Rentner; manche scheuen auch vor Arbeitspflicht oder „Tätigkeitszwang“ nicht zurück. Auch bei den Gründern des „Netzwerks“ waren Wissenschaftler, die oder deren Organisationen, in Papieren eine Arbeitspflicht oder Pflicht zur „Tätigkeitsaufnahme“ durchaus positiv bewerteten (Opielka 2003, Welter 2003, BDKJ 2003, KAB 2003). Das widerspricht der Philosophie des Netzwerks: „Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger zur Arbeit zu zwingen, mißtraut ihrer Gemeinwohlbindung und schränkt die bürgerlichen Freiheiten ein“ (Fischer u.a. o.J.). Die GründerInnen des „Netzwerk Grundeinkommen“ scheinen davon überzeugt zu sein, dass Grundsicherung ein, wenn nicht „der“ Weg hin zu einer anderen Welt, von deren Möglichkeit immer mehr Menschen überzeugt sind, ist (Rein 2004). Mit dem Entwickeln von Visionen, von einer Vorstellung dessen, wie diese Welt aussehen soll, beschäftigen sich angesichts der aktuellen politischen Lage, nur wenige. Da ist auch von den ProtagonistInnen des Grundeinkommens wenig zu hören, bzw. zu lesen.

Dass durch das „Netzwerk Grundeinkommen“ keine Höhe des Betrages, den die Anspruchsberechtigten bekommen sollen, formuliert wird, ist ein Manko. Das Netzwerk will sich ausdrücklich auf kein bestimmtes Finanzierungsmodell festlegen. Die meisten (anderen) Modelle sind mit einem niedrigen Grundeinkommen ausgestattet. Mit 600 € (BDKJ und KAB) oder 650 € (Opielka) ist eine eigenständige Existenzsicherung im Falle der Durchsetzung des Konzepts nur schwer zu erreichen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen forderte im Jahre 2000 bereits 1.500 DM und 500 DM für die Warmmiete zusätzlich (BAG SHI 2000). Schon für das Jahr 1985 wurde im Rahmen eines Forschungsprojekts als „angemessenes Existenzminimum zum Leben in einer Großstadt“ ein Nettoeinkommen von mindestens 1.400,- DM errechnet (Möller 1988: 17). Die zugrundeliegende Berechnung müsste freilich heute überarbeitet werden und den gängigen Kosten für Miete, Strom etc. angepasst werden. Die Höhe des Grundeinkommens ist außerordentlich wichtig. Durch Einkommensarmut per niedrigem Grundeinkommen kann es faktisch sowohl zu Arbeitszwang, als auch zu verstärkter Abhängigkeit vom (Ehe)Partner kommen. Nur durch ein Grundeinkommen in Höhe einer Existenzsicherung (nicht zu verwechseln mit Existenzminimum) kann verhindert werden, dass GrundeinkommensempfängerInnen in prekäre und schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse, in Niedriglohnbereiche und ins „Ehrenamt“ mit „Aufwandsentschädigung“ gedrückt werden. Das hätte auch Auswirkungen auf die (noch) Beschäftigten durch den Druck auf deren Löhne und die Einführung immer flexiblerer, kapitalbestimmter Arbeitszeiten. Die Vision, Menschen könnte die Möglichkeit eröff-

net werden „die konkreten Arbeiten abzulehnen, die gefährlich, schädlich, uninteressant sind“ und dadurch „würde sich der Charakter der Arbeit ändern“ (Rätz 2005: 18), würde ins Gegenteil verkehrt.

Emanzipatorische Freiräume zum Experimentieren mit alternativen Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten, mit selbstverwalteten und genossenschaftlichen Unternehmensstrukturen und sinnvoller, sozial und ökologisch verträglicher und auf friedliche Zwecke gerichtete Produktion können durch Grundsicherung nur dann geschaffen werden, wenn die Angst vor Armut, Abhängigkeit und gesellschaftlicher Stigmatisierung abgeschwächt wird, also die Höhe der Leistungen existenzsichernd ist und wenn zusätzlich Informations-, Ermöglichungs- und Finanzierungsstrukturen geschaffen werden. Ohne Widerstand gegen die bestehenden Strukturen werden solche Experimente auf breiter Ebene nicht durchzusetzen sein.

### Grundeinkommen aus feministischer Sicht

Aus feministischer Sicht ist kritisch zu hinterfragen, ob ein beabsichtigtes Grundeinkommen geeignet ist, die bestehende Diskriminierung von Frauen in Erwerbsarbeit und Haus- und Sorgearbeit abzuschwächen und den Sozialabbau, der bekanntlich wesentlich zu Lasten der Frauen geht, zu stoppen. Freilich bekämen nach den meisten Modellen – anders als beim Arbeitslosengeld II – Menschen unabhängig vom Einkommen des/der Partnerin, der Familie oder Bezugsgruppe Grundeinkommen bezahlt, wenn sie selbst keine oder keine ausreichend bezahlte Erwerbsarbeit haben. Die Gefahr, dass ein Teil der Menschheit mit (niedrigem) Grundeinkommen versehen zu Langzeit- oder Permanenterwerbslosen oder zu Hausfrauen wird, darf dennoch nicht übersehen werden.

Die Gefahr, dass es vor allem Frauen sind, die am gleichberechtigten Zugang zu existenzsichernder sinnvoller Arbeit behindert werden, solange die Familienstrukturen bleiben wie sie sind und solange die Übernahme von Erziehungs- und Pflegezeiten nicht für beide Geschlechter „normal“ wird, bzw. die Möglichkeiten einer bruchlosen Gestaltung der Erwerbsbiographie bei gleichzeitiger Übernahme von Haus- und Sorgearbeit nicht gegeben ist, ist jedenfalls groß. Das politische Interesse an der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Familienstrukturen mit Haupternährer und Hausfrau oder Zuverdienerin bzw. „ehrenamtlich“ arbeitenden Frau ist ebenfalls groß. Freilich wären mit rehausfrauierten und – mit Grundeinkommen versehenen - im „Freiwilligensektor“ sozial und kulturell engagiert arbeitenden Müttern und pflegenden Töchtern vielfältige Probleme zu lösen. Der Forderung nach Ebenbürtigkeit zwischen den Geschlechtern widersprechen solche Modelle. Aber diese

Forderung scheint ohnehin nicht beliebt zu sein. War schon die Zukunftskommission für Bayern und Sachsen (1997: 36) der Meinung, dass „sowohl in den alten wie in den neuen Bundesländern (...) sie meisten Frauen davon überzeugt (sind), dass sie sich in der Rolle als Mutter, die nebenbei noch teilweise berufstätig ist, am wohlsten fühlen würden, so tönt es sieben Jahre später noch deutlicher: Einen „Gleichberechtigungsanspruch, der die berufliche Gleichheit überbetont“, bezeichnete der, durch den CDU-Wahlkampf 2005 bekannt gewordene Paul Kirchhof in seinem Buch „Der sanfte Verlust Freiheit“ als „missverständlichen Gleichheitsanspruch“, als verfehlt, weil er „den Schutz von Kind und Mutter trotz ihrer besonderen Schutzbedürftigkeit schwächt“ (2004: 119). Nicht nur ihm geht es um eine Rekonstruktion des heil(ig)en Familienbildes. Freilich sind Erziehungsarbeit, häusliche Pflege und freiwilliges ehrenamtliches Engagement auch gesellschaftlich wichtige Arbeiten, darauf haben Feministinnen lange hingewiesen (Notz 1989; 2005). Aber sie verwiesen auch darauf, dass nicht mehr davon ausgegangen werden kann, dass Frauen diese Arbeiten wie in der Vergangenheit selbstverständlich übernehmen und damit die Lücken in der sozialen Versorgung weiterhin schließen. Ihnen war es wichtig, dass diese Arbeiten – soweit sie nicht professionalisiert werden müssen – neben der existenzsichernden sinnvollen Erwerbsarbeit geleistet werden und zwar - im Rahmen der Umverteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeiten - durch Frauen und Männer. Wenn die „Vision für eine gerechtere Gesellschaft“ (BDKJ) zugrunde legt, dass – egal in welchem Arbeits- oder Tätigkeitsbereich - „ein pauschaler Nachweis von jährlich 500 Stunden erbracht werden“ muss (BDKJ 2003), oder wenn nur „jeder Mensch, der in Deutschland einer Tätigkeit im Sinne der ‚Triade der Arbeit‘ nachgeht, ein Recht auf Grundeinkommen hat und „es genügt, wenn er in einem Teil der Triade tätig ist“ (Welter 2003: 219) liegt der Verdacht nahe, dass durch solche Modelle vorher scheinbar unbezahlbare Arbeiten zukünftig ideell aufgewertet, mit einem Niedrigstlohn versehen und zudem unter Arbeits- oder Tätigkeitszwang geleistet werden sollen. Auch wenn die Arbeitsbereiche als gleichwertig betrachtet werden, bleiben sie in hohem Maße geschlechtsspezifisch segregiert (vgl. Notz 2004, 19).

Aber auch das „bedingungslose Grundeinkommen“ soll „die Familie“ stärken. „Sie (!) kann sich der Erziehung und der Fürsorge für ihre Kinder widmen, ohne sich um ihre Einkommenssicherung zu sorgen“ (Fischer u.a. o.J.). In eine ähnliche Richtung geht auch der Verweis der VeranstalterInnen des Kongresses „Grundeinkommen“ auf die Wichtigkeit der Anerkennung von Familienarbeit, Pflege oder freiwilliger Sozialarbeit, die durch ein Grundeinkommen vermehrt geleistet werden könne, was dann wiederum zur Entspannung des Arbeitsmarktes beitragen

könne (Wohlgenannt 2005: 2). Es ist sehr zu befürchten, dass es bei der altbekannten Arbeitsteilung bleibt und dass es Frauen sind, die vor allem zur Entlastung des (bezahlten) Arbeitsmarktes beitragen (müssen), wenn sie zu Hause Erziehungs- oder Pflegearbeit oder im Gemeinwesen soziale und kulturelle sogenannte ehrenamtliche Arbeit zu leisten haben. Ca. 80 % dieser Arbeiten werden heute, dort wo sie mit dem unmittelbaren Umgang mit Sorge und Pflege zu tun haben, durch Frauen geleistet. Daran würde auch eine (geringfügige) Bezahlung nichts ändern. Das Problem der sozialen Exklusion und die – zumindest partielle – Abhängigkeit vom (Ehe)mann bliebe bestehen.

Bei soviel Familienorientierung ist es kein Wunder, dass von Protagonisten des Grundeinkommens zudem auf das Konzept „Erziehungsgehalt“ (Opielka 2004) verwiesen wird, das schon lange von frauenpolitischer Seite – konservativer wie feministischer Couleur – kritisiert wird, weil es geeignet erscheint, Frauen für eine gewisse Zeit mit einem geringen „Gehalt“ versehen, aus dem bezahlten Arbeitsmarkt zu drängen. Gerade (viele) Frauen wollen sich das Recht auf eigenständige Existenzsicherung aus eigener Arbeit nicht verwehren lassen. Sie verfügen heute über Ausbildungen und Qualifikationen, über die keine Generation vorher in dem Maße verfügt hat. Das Recht auf sinnvolle existenzsichernde Erwerbsarbeit ist auch ein Menschenrecht. Sozialistische und bürgerliche Frauen haben lange dafür gekämpft. Und der Kampf ist noch nicht abgeschlossen. Nun sollen sie sich schon wieder einreden lassen, dass es gilt, die „Dominanz der Erwerbsarbeit“ zu überwinden. Für erwerbslose Frauen wie Männer ist der Hinweis auf die „andere Arbeit“ in der sie in Haushalt, Nachbarschaft und Freizeit Erfüllung finden können, eine Verhöhnung (Notz 2003: 58).

### **Menschliche Arbeit hat einen Ertrag und einen Sinn**

Die meisten erwerbslosen Menschen möchten wieder einer bezahlten gesellschaftlich organisierten, notwendigen und nützlichen Erwerbsarbeit nachgehen, durch die sie ihre eigene Existenz sichern können. Der Anreiz zur Teilhabe an gesellschaftlich organisierter Arbeit ist nicht einzig der Lohn, der den Kauf materieller Güter und Dienstleistungen ermöglicht. Arbeit verspricht noch andere Aspekte als Geldverdienen. Sie verschafft den Menschen Einfluss im Sinne von Mitbestimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten, wenn auch oft in beschränktem Umfang, sie gibt dem Leben einen Sinn, ordnet den Tag und erweitert den menschlichen Horizont, schafft Gemeinsamkeiten und weist den sozialen Status zu. Damit schafft sie zugleich eine Form von Identität (Jahoda 1983: 136) oder - wie Willy Brandt 1983 schrieb: "...menschliche Arbeit hat nicht nur einen Ertrag, sie hat einen Sinn" (Brandt 1983: 9). Den

Ertrag haben Frauen wie Männer freilich ebenso bitter nötig. Die Bedingungen, unter denen Erwerbsarbeit in der Industriegesellschaft stattfindet, lassen allzu oft diese Bedürfnisse unbefriedigt; die Bedingungen, unter denen Haus- und Sorgearbeit in den Familien oder „ehrenamtliche“ Arbeit in Vereinen, Verbänden und für Nachbarn geleistet wird ebenso. Ganz zu schweigen von den ökonomischen, psychischen und sozialen Belastungen, die durch den Ausschluss aus Erwerbsarbeit hervorgerufen werden. Menschen streben eine qualifizierte, sinnvolle Berufsarbeit an, weil sie das Bedürfnis haben, ökonomisch, ideologisch und sozial unabhängig zu sein. Sie wollen sich selbst verwirklichen und ihre Kräfte für etwas Vernünftiges und Sinnvolles einsetzen, um einen ideellen oder materiellen Beitrag für die Gemeinschaft, deren Mitglied sie sind, zu erbringen. Das heißt keinesfalls, dass die (Erwerbs-)Arbeitsgesellschaft bleiben soll, wie sie ist. Nach wie vor gilt es die Arbeit und zwar die bezahlt geleistete und die unbezahlt geleistete Arbeit menschenwürdig und demokratisch zu gestalten und von ihren fremdbestimmten Elementen zu befreien.

Durch Grundeinkommen bleiben die Ursachen für die sozialen und geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in unserer Gesellschaft (zunächst) unangetastet. Die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten würden sich, wie schon erwähnt, vermutlich sogar verstärken; die sozialen Ungleichheiten, auf ein (je nach Höhe des Grundeinkommens) höheres Niveau gesetzt. Wer behauptet, die Armut sei „abgeschafft“, wie das bei Diskussionen von Verfechtern des Grundeinkommens immer wieder geschieht, übersieht, dass Grundeinkommen als isoliertes Modell die Arbeitsgesellschaft mit ihren kapitalistischen Marktmechanismen, Über- und Unterordnungen und geschlechts- und schichtspezifischen Arbeitsverteilungen und Lohnsystemen lässt, wie sie ist. Das Grundeinkommen ist zudem in hohem Maße von der vorhandenen Erwerbsarbeit abhängig und setzt sogar eine gut funktionierende kapitalistische Wirtschaft voraus, wenn es durch „Sozialsteuer“ auf alle Einkommen, ohne Obergrenze, finanziert werden soll (Opielka 2005, 7). Mit Recht stellt Angela Klein die Frage: „Glaubt man ernsthaft, ein Recht auf ein Leben (auch ohne Arbeit) in Würde durchsetzen zu können, ohne die Lohnsklaverei abzuschaffen?“ (Klein 2005: 43).

### **Wir brauchen alternative Konzepte zur Vollbeschäftigung**

Freilich brauchen wir angesichts der zunehmenden Armut, vor allem auch der zunehmenden working poor, alternative Konzepte zur traditionellen Vollbeschäftigung. Vollbeschäftigung hatte in unserer Gesellschaft ohnehin immer

einen geschlechtsspezifischen bias: Männer arbeiten voll in der Erwerbsarbeit – Frauen in der Familie oder sie sind „Zuverdienerinnen“. Ein solches Modell ist auch aus feministischer Sicht (auch für viele Männer) nicht mehr erstrebenswert. Darauf, dass Vollbeschäftigung auch aus ökologischer Sicht nicht sinnvoll wäre und wir den vorhandenen Destrukten (Kriegsproduktion u.a.) nicht weitere hinzufügen sollten, ist vielfach hingewiesen (Notz 2005: 27). Dennoch ist die Annahme vom „Ende der Arbeit“ falsch. Das beweisen die vielen unerledigten öffentlichen Aufgaben und die vielen „offenen Stellen“ in den unbezahlten und geringfügig bezahlten Frauenarbeitsbereichen sowie die Lücken, die im Sozial-, Kultur- Schul- und Erziehungsbereich mit 1-€-jobs gestopft werden sollen. Fakt ist, dass die existenzsichernd bezahlte Erwerbsarbeit in allen hochindustrialisierten Ländern schrumpft, die Arbeit zu Niedrig- und Niedrigtlöhnen sowie die unbezahlte Arbeit hingegen in dem Maße zunimmt, wie sie in anderen Sektoren abgebaut wird. Was dann auch zur Finanzkrise der öffentlichen und Sozialversicherungshaushalte führt.

Die Forderung nach Entkoppelung von Arbeit und Einkommen, wie sie die meisten Grundeinkommensmodelle vorsehen, wird damit begründet, dass der Gesellschaft angeblich die Arbeit ausgehe. Jede/r der die Arbeitsgesellschaft weiterhin zum Ausgangspunkt der gesellschaftlichen Entwicklung erklärt, wird des Festhaltens an überalterten Strukturen überführt. Feministinnen haben schon lange darauf hingewiesen, dass die Arbeitsgesellschaft vor allem deshalb in der Krise ist, weil unter Arbeit vorwiegend bezahlt geleistete Arbeit, die der Herstellung und Umgestaltung von Waren dient, verstanden wird und weil die Verteilung dieser Arbeit, die tatsächlich aus den verschiedensten Gründen immer weniger wird, und der Einfluss an der Gestaltung der Arbeitsbeziehungen wesentlich auf ein Geschlecht begrenzt bleibt. Die entscheidende Frage lautet also nicht, ob es genügend Erwerbsarbeit gibt, sondern, ob es genügend existenzsichernde Arbeit gibt und wie sie verteilt und bewertet wird. Die unbezahlten Arbeiten in der Familie und in anderen (Zusammen)lebensformen, bei der Erziehung der Kinder, der Pflege der Alten, Behinderten und Hilfsbedürftigen, die Arbeiten in der Nachbarschaftshilfe, im Gemeinwesen, im sozialen und kulturellen Ehrenamt, die Subsistenzarbeiten gehen der Gesellschaft ganz bestimmt nicht aus. Auch sie sind unter kapitalistischen Bedingungen vom System der Lohnarbeit abhängig. Daran und an ihrer geschlechtsspezifischen Verteilung wird eine „Vergütung“ mit Grundeinkommen nichts ändern. Das Recht auf Arbeit und das Recht auf (existenzsicherndes!) Einkommen müssen zusammen gedacht werden. Zudem gilt es zwischen unbezahlten Tätigkeiten und staatlichen Aufgaben sorgfältig zu unterscheiden.

## Es geht um Zukunftsmodelle, die ihren Namen verdienen

Es geht um Visionen einer zukünftigen Arbeitsgesellschaft, in der der Gesamtzusammenhang von Arbeit und Leben, Existenzsicherung und Eigentätigkeit von Individuen und Gesellschaft neu gestaltet wird. Zukunftsmodelle, die ihren Namen verdienen, müssen das Ziel haben, die begrenzt vorhandene sinnvolle existenzsichernd bezahlte Arbeit und die im Überfluss vorhandene unbezahlte Arbeit auf mehr Menschen und auf Menschen beiderlei Geschlechts zu verteilen.

Das Ziel ist eine sinnvolle, versicherungspflichtige, die eigene Existenz sichernde Arbeit für alle Menschen, die das wollen, verbunden mit der Möglichkeit, die erwerbsarbeitsfreie Zeit für Haus- und Sorgearbeiten, kulturelle, politische und gemeinwesenorientierte Arbeiten zu nutzen. (Nicht nur) um Versicherungslücken zu vermeiden, ist ein gesetzlich festgelegter Mindestlohn notwendig, alle Erwerbsarbeitsverhältnisse sind in die Sozialversicherungspflicht einzubeziehen und auch alle Arbeitsverhältnisse, die als „Selbständige“ gelten. Zudem brauchen wir eine Arbeitszeitverkürzung (6- oder gar 4-Stunden-Tag) im Bereich der Vollerwerbstätigkeit und einen Abbau der Überstunden. Ganz sicher brauchen wir eine Mindestrente, für alle aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedenen, die unabhängig von den einbezahlten Versicherungsbeiträgen gezahlt wird, wie sie in anderen Ländern längst üblich ist. Notwendig wird es, Frauen in der Familien-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik nicht weiter als Mitverdienende, zusätzlich Verdienende, also nicht weiter im Zusammenhang mit Ehe, Familie und "Haupternährer" zu sehen, sondern sie als Individuen herauszuholen aus diesen Zusammenhängen. Erst wenn es für alle Männer und für alle Frauen selbstverständlich wird, dass sie ein Recht auf eigenständige Existenzsicherung und auf eigenständige Rente haben, werden freie Zusammenschlüsse unter freien Menschen wirklich werden können, ohne staatliche Bevorzugung einer bestimmten Zusammenlebensform.

Positive Beispiele eines anderen Wirtschaftens finden wir im Bereich der alternativen Ökonomie, auch in Genossenschaften und kommunitären Arbeits- und Lebensgemeinschaften. Angesichts der aktuellen Debatten um den (scheinbar) verloren gegangenen Gemeinschaftssinn müssten radikaldemokratische Gemeinschaftskonzepte Hochkonjunktur haben. Dennoch lässt ihre Akzeptanz außerhalb ihrer eigenen Zusammenschlüsse noch zu wünschen übrig. In solchen Projekten schließen sich Menschen zusammen, die selbstbestimmt und ohne patriarchale Hierarchien ressourcenschonend arbeiten und konsumieren wollen. Sie versuchen, die Trennung von Arbeit und Leben zu über-

winden und mit sich und ihren Mitmenschen sowie mit der Umwelt pfleglich und vorsorgend umzugehen, weil sie wissen, dass sie gemeinsam mehr und besseres erreichen können als alleine. Solche Projekte sind ein Versuch, um mit der Aufhebung der Entfremdung, der Neuverteilung von Arbeit und Verantwortung und der Möglichkeit der ebenbürtigen

Teilhabe von Frauen und Männern am ganzen Leben ernst zu machen. Freilich dürfen auch sie nicht als Allheilmittel gegen die Erwerbslosigkeit missbraucht werden. Dazu sind sie nicht geeignet, angesichts von fast fünf Millionen Erwerbsloser braucht es noch anderer Konzepte. ■

# Autoritäre Lohngesellschaft

Von Robert Ulmer (Netzwerk Grundeinkommen Deutschland)

Warum erhält der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle bei den Lohnabhängigen nicht massenhafte Zustimmung, sondern stößt vielfach auf Ablehnung? Warum lehnen die Menschen das Mehr an Freiheit ab, obwohl sie die Freiheit doch lieben?

Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle würde im Kapitalismus die Lohnabhängigkeit der Individuen graduell verringern. Diese Lockerung des Zwanges, diese Stärkung der Freiheit der Individuen, verstößt jedoch gegen das Prinzip des Lohnes, welches für die Arbeitsgesellschaft entscheidend ist.

Indem nun das Prinzip des Lohnes die mögliche Freiheitsvermehrung blockiert, ist es ein autoritäres Prinzip, und insofern handelt es sich bei unserer Arbeitsgesellschaft um eine autoritäre Lohngesellschaft. Und die Frage lautet: Wie gelingt die Befreiung von dieser autoritären Lohngesellschaft?

## 1. Produktivitätsfortschritt, Überflüssigkeit von Arbeit, Unterbietungskonkurrenz

Mit immer weniger Arbeits-Input kann immer mehr Output produziert werden. Dies betrifft sowohl stoffliche Güter als auch Dienstleistungen. (Mähdrescher, Fließband, Gabelstapler, PC-Anwendungen für Verwaltungsabläufe). Auch die Berücksichtigung ökologischer und anderer (z.B. Unfallgefahren, Monotonie der Arbeitsabläufe) Einwände gegen den technischen Fortschritt würde die Entwicklung zu immer höherer Produktivität nicht umkehren. Arbeit wird immer überflüssiger oder könnte immer überflüssiger werden. Eine Überflusgesellschaft wäre möglich: mehr materieller Wohlstand für alle, und das bei immer weniger Mühsal und Arbeit.

Vorerst jedoch macht sich diese zunehmende Überflüssigkeit von Arbeit nicht in einer allgemeinen angenehmen Entlastung vom Druck zur Arbeit bemerkbar. Denn die indi-

viduelle Existenzsicherung ist an Arbeit gekoppelt, und die potenziell überflüssigen Arbeitskräfte müssen sich deshalb immer mehr nach der Arbeit drängeln. Der Produktivitätsfortschritt führt deshalb nicht zu einer Lockerung, sondern im Gegenteil zu mehr Druck, zum Unterbietungswettbewerb der Arbeitskräfte bei Löhnen und Arbeitsbedingungen. Dieser Unterbietungswettbewerb betrifft nicht alle Arbeitskräfte gleichermaßen, sondern vor allem die leicht Ersetzbaren, die potenziell Überflüssigen. So wird der untere Bereich der Arbeitsgesellschaft zu einer Sackgasse. Die viel zitierte „Krise“ der Arbeitsgesellschaft ist in dieser Hinsicht ein chronischer Rückschritt und nicht, wie vielfach suggeriert, als Konjunkturproblem nur eine vorübergehende Durststrecke.

## 2. Workfare, Sozialpolitik der Abschreckung

Der Staat verstärkt den Druck zur Arbeit. Er zahlt an die Arbeitslosen immer geringere Leistungen, und auch diese nur noch als Lohn für Gegenleistungen, insbesondere für die unentwegte und mühevoll Arbeitssuche. Die Betroffenen müssen schwierige und unübersichtliche Hindernisse überwinden und kränkende Demütigungen erdulden, nur um das lebensnotwendige Existenzminimum zu erlangen.

Diese Sozialpolitik der Abschreckung drängt die Leute aus dem Bezug von Transfereinkommen heraus und in die Unterbietungskonkurrenz hinein. Vorbei ist die Zeit des Wertewandels, als zumindest manche Beschäftigte mit dem Gedanken spielten, dass die Arbeitslosigkeit auch eine interessante Zeit des Luftholens und der Neuorientierung sein könnte. Viele klammern sich nun auch an ungeliebte Jobs, haben innerlich gekündigt, sind aber eben nicht in der noch stressigeren stressigen und bedrohlichen Situation der Arbeitslosigkeit. Die Beschäftigten sind zunehmend eingeschüchtert, zunehmend erpressbar, zunehmend bereit, mit ihren Zugeständnissen andere Beschäftigte zu unterbieten.

### 3. Autoritäre Lohngesellschaft

Die verhängnisvolle Entwicklung der Arbeitsgesellschaft resultiert aus der Zuspitzung des Lohnprinzips: keine Leistung ohne Gegenleistung. Die Abhängigkeit vom Lohn, die Notwendigkeit, sich sein Leben verdienen zu müssen, wird als alternativloser Normalzustand anerkannt; vielfach wird sogar die Verschärfung der Abhängigkeit vom Lohn eifernd gefordert.

Unterbietungskonkurrenz plus Workfare bedeutet, dass die Leute sich immer mehr einordnen und unterwerfen müssen, sonst bekommen sie keinen Lohn. In einer möglichen Überflusgesellschaft am Lohnprinzip festzuhalten, ist autoritär.

Ohne weiteres nachvollziehbar ist der Befund, der Sozialstaat sei autoritär, ein Staat, der die von ihm Abhängigen zu den einschlägigen Gegenleistungen zwingt, den Arbeitsdiensten oder Bewerbungstrainings, ein Staat der Bürokratie mit deren Eingriffen in die privaten Lebensumstände, mit ihren Schikanen, unsinnigen Wartezeiten und kafkaesken Undurchsichtigkeiten.

Weniger unmittelbar einsichtig ist nun, in welchem Maße das Lohnprinzip auf dem Arbeitsmarkt ebenfalls autoritär sein soll. Hier ist es doch idealer Weise so, dass Freie und Gleiche sich auf dem Markt begegnen und einen Vertrag abschließen. Der Punkt ist, dass in Wirklichkeit eben nicht beide Vertragspartner gleich frei sind. Wenn ich vor der Alternative stehe, einen elenden Job zu machen oder zu hungern, bin ich in hohem Maße unfrei. Es geht um den Punkt der Lohnabhängigkeit, die mehr oder weniger zwingend sein kann. Autoritär ist in diesem Zusammenhang eine Lohngesellschaft, in der es als selbstverständlich und als alternativlos gilt, sich bzw. seine Arbeitskraft für seinen Lebensunterhalt um jeden Preis und zu allen Bedingungen verkaufen zu müssen. Eine Gesellschaft, die in einer ökonomischen Entwicklung hin zu zunehmender Überflüssigkeit von Arbeit die Lohnabhängigkeit nicht abschafft oder zumindest verringert, sondern verschärft und die Betroffenen in eine immer härtere Unterbietungskonkurrenz um immer miesere Jobs treibt, ist deshalb autoritär.

Die autoritäre Ausrichtung der Lohngesellschaft stellt sich aus unterschiedlichen Perspektiven unterschiedlich dar.

Aus der Perspektive der Unternehmen, der Kunden, der Auftraggeber ist die Angelegenheit einigermaßen trivial: Arbeit soll billig und flexibel sein, soll als Ressource, als Produktionsfaktor widerspruchlos zur Verfügung stehen. Noch besser, noch zeitgemäßer ist es, wenn die Arbeitskräfte kundenorientierte, sprich diensteifrige Unternehmer ihrer eigenen Arbeitskraft sind. Der Witz dabei ist, dass die individuelle Freiheit hier durchaus zur Entfaltung kommt, aber eben fremden Zielen unterworfen

bleibt. André Gorz spricht von Autonomie in der Heteronomie. Nur eine Minderheit der Unternehmer sprechen sich bislang dafür aus, dass ihnen die freie Kooperation mit lohnunabhängigen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen lieber wäre als die in zunehmendem Maße erzwungene Kooperation mit Lohnabhängigen.

### 4. Opfer und Ressentiment

Weniger trivial ist die Angelegenheit aus der Perspektive der Lohnabhängigen selber. Warum unterstützen sie dieses Prinzip, warum stabilisieren sie eine Lohngesellschaft, in der sie regelmäßig die Benachteiligten sind?

Nach Horkheimer und Adorno ist eine Gesellschaft dann autoritär, wenn die Unterworfenen, die Unterlegenen, die Betroffenen das herrschende Spiel mitspielen, wenn sie auf die Erfüllung ihrer ehemaligen jugendlichen Ansprüche verzichten, wenn sie resignieren, sich in Bescheidenheit üben – und wenn es sie unangenehmer Weise jedoch unabweibar dazu drängt, eben diese Bescheidenheit, dieses Verzicht, allen anderen ebenfalls aufzuerlegen. Wer selber Opfer bringen musste, Kompromisse eingehen musste, hat das Verlangen, andere dem selben Zwang zu unterwerfen, dem er oder sie sich unterworfen hatte. Wer mitbekommt, dass andere nicht opfern müssen, dass andere aus der Reihe tanzen dürfen, hat ein Problem: es nagt der Verdacht, dass das eigene Opfer vielleicht nicht so unausweichlich und alternativlos war, dass die eigene Kompromissbereitschaft vielleicht voreilig war.

Autoritär ist, wer argwöhnisch darüber wacht, dass eben niemand aus der Reihe tanzen darf, dass niemand sich zu schade sein darf, seine Arbeitskraft zu verkaufen oder sein Leben in den Dienst für die Gemeinschaft zu stellen.

Warum dieses Ressentiment gegen alle jene, die man beargwöhnt, dass sie sich vielleicht davor drücken könnten?

### 5. Anerkennung verdienen

Diejenigen, die ihre Arbeitskraft anbieten, wollen etwas „wert“ sein. Als Lohnabhängige müssen sie im Kapitalismus sich verkaufen und insofern etwas wert sein. Warum bekämpfen sie diesen Zwang nicht, sondern nehmen ihn hin und akzeptieren ihn? Die am Lohn orientierte Gerechtigkeitsvorstellung lautet: Es ist besser, wenn ich das, was ich bekomme, auch verdient habe, und verdient habe ich es genau dann, wenn es ein Lohn für eine Gegenleistung ist, die ich erbracht habe. Lohngerechtigkeit bedeutet im Umkehrschluss, dass jene, die etwas bekommen was sie nicht verdienen, Schuld auf sich laden.

Arbeitslosigkeit ist eine Schuld, die bestraft werden muss, z.B. durch Armut. Von daher auch das Beharren vieler Arbeitsloser darauf, dass sie in Wirklichkeit nicht arbeitslos = schuldig sind, sondern erwerbslos, dass sie also jede Menge

arbeiten und eigentlich dafür etwas verdienen würden. Es wird viel diskutiert, dass wir Arbeit nicht nur zur materiellen Existenzsicherung brauchen, sondern auch, um Anerkennung zu erlangen. Dabei geschieht etwas Fatales: die Verwechslung von Arbeit und Liebe.

Hier eine Überlegung von Sartre. Ausgangspunkt ist: Es gibt keine höhere Notwendigkeit für meine Existenz. Ich könnte genauso gut nicht sein. Jede und jeder von uns ist letztlich überflüssig, alle sind wir ersetzbar. Diese Erkenntnis ist schwer zu ertragen. Eine Rettung aus diesem letztlichen Überflüssig-sein ist es, wenn ich für jemand anderen notwendig bin, der oder die mich liebt. Und auch diese Rettung durch Liebe ist nur eine Rettung auf Zeit, aber immerhin.

Zuneigung und Sympathie sind unverdiente Anerkennungen, zugleich aber sind sie die Arten von Anerkennung, um die es in Wirklichkeit geht, die am glücklichsten machen. Glück ist kein Lohn, Glück gibt es nur unverdient. Glück ist keine erwartbare Gegenleistung und lässt sich nicht erzwingen. Nun ist diese Anerkennung, die Liebe, von der Freiheit Anderer abhängig, ist außerhalb meiner Reichweite, ich bin hier, wie Sartre sagen würde, „fremder Freiheit ausgesetzt“. Das ist zutiefst verunsichernd. So weit Sartre.

Zurück zum Lohn. Er hat die doppelte Bedeutung, mir als Kaufkraft die Existenz zu sichern und mir gleichzeitig die Anerkennung seitens der Anderen zu bieten. Besonders beruhigend ist ein gesicherter Lohn, der auf lange Sicht feststeht, der mir, neben der Existenzsicherung, das Gefühl gibt, verdienstvoll zu sein, der mir eine verlässliche, beständige Anerkennung liefert. Er erscheint als die Rettung, nicht nur in materieller Hinsicht, sondern auch als Heilung meines Überflüssig-Seins. Die Anderen brauchen mich. Ohne mich geht es nicht.

Die materielle Absicherung würde nun auch ein bedingungsloses Grundeinkommen geben. Aber diese Art von Einkommen hätte nicht den Charakter einer Anerkennung. Es bin nicht speziell ich gemeint, denn die Gießkanne des Grundeinkommens versorgt mich nur wie alle anderen auch. Ein Lohn dagegen ist eine Reaktion auf etwas, was von mir kommt, eine Anerkennung, die sich direkt auf mich bezieht – wie die Liebe. Der Lohn gibt mir die Illusion, das Glück, das es in Wirklichkeit nur geschenkt gibt, mir mit Arbeit verdienen zu können. Jedoch: Für das Glück, in der Liebe gebraucht zu werden, ist der Lohn für Arbeit kein Ersatz. Wer sich auf der Suche nach Anerkennung und Glück auf die Sicherheit des Lohnes beschränkt, wird damit scheitern. Anerkennung durch Lohn ist immer auch unbefriedigend, weil sie den Charakter des Geschenkes nicht hat, weil sie das Moment der Freiheit, der Unberechen-

barkeit des fremden Bewusstseins nicht enthält. Diese unbegriffene Enttäuschung motiviert das Verlangen nach Lohngerechtigkeit: die Arbeit als Opfer, mindestens das Opfer an Lebenszeit, soll die höchste Anerkennung erfahren. Dieses Gerechtigkeitsempfinden wird verletzt, wenn es Anerkennungen unverdient gibt.

Die Unerträglichkeit des Unverdienten zeigt sich auch in der Missgunst gegen Zuneigung und Liebe, welche als ungerecht, weil unverdient, empfunden werden. Übrigens auch auf dem Arbeitsmarkt: oft bekommen nicht diejenigen die begehrten Stellen, die bereit sind, am meisten zu dienen und zu leisten, sondern diejenigen, die den entscheidenden Personen schlicht am sympathischsten sind. Ungerecht.

Entscheidend ist der Zusammenhang zwischen Opfer und Betrug. Wessen Bereitschaft zum Opfer sich aus der Absicht speist, um dem damit verdienten gerechten Lohn sein Glück zu erlangen, lässt sich betrügen. Es ist anstrengend, diesen tragischen Irrtum aufrecht zu erhalten. Aber gerade deshalb ist er, dieser Irrtum, schwer einzusehen und schwer einzugestehen, schwer zu korrigieren. Und es ist ein Irrtum, der nach Verallgemeinerung drängt. Alle sollen so denken, bzw. sich gleichermaßen am Denken hindern.

Zwischenfazit: Die Erbarmungslosigkeit der Lohngerechtigkeit verfestigt den Zwang, sich verkaufen zu müssen, zementiert die Sackgasse der Unterbietungskonkurrenz. Die Ursache dieser „Krise der Arbeitsgesellschaft“ liegt nicht in der Ökonomie, etwa in einem zu geringen Wirtschaftswachstum, sondern in der Vorherrschaft der autoritären Lohngesellschaft.

## **6. Bedingungsloses Grundeinkommen. Vom Lohn zur Ermöglichung; von der Überflüssigkeit der Arbeit zum Überfluss für Alle.**

Die Alternative, die Umkehrung des Lohndenken wäre ein Ermöglichungs- und Befähigungsdenken. Nicht um etwas zu bekommen, muss ich zu einer Gegenleistung (Arbeit, Dienst, Unterordnung, Mühe) bereit sein, ich muss kein Opfer bringen, um Lohn zu erhalten, sondern umgekehrt: ich muss ein Einkommen erhalten, um zu etwas (Tätigkeiten, Lernen, Muße, ...) befähigt zu werden. Dem Lohnprinzip ist ein Ermöglichungsprinzip gegenüberzustellen. In der Lohngesellschaft ist ein gewisses Maß an Anerkennung die Voraussetzung zum Leben. Entweder ich reüssiere auf dem Markt, oder ich muss der Unterstützung würdig sein. Wenn ich arbeitslos bin, muss ich Gegenleistungen erbringen, bin ich zur Mitwirkung verpflichtet, muss ich die mir abverlangte Mühe auf mich nehmen, um als der Unterstützung würdig anerkannt zu werden.

Anders in einer Ermöglichungsgesellschaft: hier ist für alle die Existenz gesichert, sowie auch noch ein möglichst

hohes Maß an Entfaltungsfreiheit. Anerkennung kann hinzukommen; ich kann um Anerkennung werben, bin aber zur Sicherung meines Lebens nicht auf die Anerkennung durch Andere angewiesen.

Zur Konkretisierung einer solchen Ermöglichungs- und Befähigungsgesellschaft bedarf es eines gesicherten Grundeinkommens für alle, das an keine Bedingungen wie z.B. Arbeit oder Arbeitswilligkeit geknüpft ist. Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist kein Lohn sondern unverdient; sonst ist es nicht bedingungslos. Es ist eine radikales Umkehr des Lohnprinzips: ein Einkommen, bedingungslos, ohne Verdienst oder Gegenleistung.

Nun zurück zur Eingangsüberlegung der zunehmenden Überflüssigkeit der Arbeit.

So lange das Lohndenken gesellschaftlich vorherrscht und mittels Workfare immer extremistischer umgesetzt wird, so lange ich mir mein Leben verdienen muss, ist es gefährlich, für die Arbeit überflüssig zu sein.

Erst wenn ein Umdenken Raum greift,

- wenn eine gesellschaftliche Abkehr vom starren Lohnprinzip stattfindet, verbunden mit der Einsicht, dass längst genug für Alle da ist,
- wenn ein bedingungsloses Grundeinkommen erkämpft und eingeführt wird und als gesicherte Rahmenbedingung die Leute vom Lohn unabhängig macht, dann können wir der Arbeit den Respekt aufkündigen, den sie, die Arbeit, nun ihrerseits wahrlich nicht „verdient“, und können sie nüchtern betrachten, dann verwandelt sich der Fluch der Überflüssigkeit der Arbeit in den Segen eines Überflusses für alle.

Literatur:

Gorz, André (1986/ 1994): Kritik der ökonomischen Vernunft. Hamburg

Horkheimer, Max und Theodor W. Adorno (1944/ 1969): Dialektik der Aufklärung. Frankfurt a.M..

Sartre, Jean-Paul (1943/ 1993): Das Sein und das Nichts. Versuch einer phänomenologischen Ontologie. Reinbek bei Hamburg.

Spehr, Christoph (2001): Gleicher als Andere. Grundlegung der freien Kooperation.

<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/agp/de/texte/gleicher1.htm>

Van Parijs, Philippe (1995): Real Freedom for All. What (if anything) Can Justify Capitalism? Oxford (Oxford University Press).